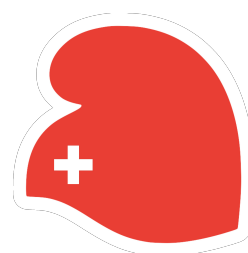


Für eine neutrale und solidarische Schweiz

**Argumentarium
für die Neutralitätsinitiative**





In Kürze

Die Initiative "Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)" möchte eine genauere Definition der Neutralität in der Verfassung verankern. Damit soll der flexiblen Auslegung der Neutralität entgegengewirkt werden, die die Schweizer Regierung praktiziert. Diese Auslegung hat zu einer progressiven Schwächung der Neutralität und zu Unglaubwürdigkeit geführt. Die Initiative fordert in erster Linie die strikte Ablehnung eines Beitritts der Schweiz zu Militärbündnissen. Zweitens verbietet sie die direkte oder indirekte Beteiligung der Schweiz an Kriegen zwischen Drittstaaten. Das bedeutet auch, dass sie keine einseitigen Zwangsmassnahmen (Sanktionen) gegen diese Länder ergreift. Völkerrechtlich abgestützte Sanktionen (UNO-Sanktionen) werden jedoch weiterhin übernommen. Die Initiative legt zudem fest, dass die Schweiz ihre neutrale Rolle nutzt, um diplomatisch bei der Verhinderung und Lösung von Konflikten zu intervenieren.¹

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) betrachtet diese Initiative als wichtiges Instrument für die Verwirklichung einer friedlichen Schweiz und somit für die gesamte Bevölkerung. Einerseits drückt sie die Ablehnung des schleichenden NATO-Beitritts der Schweiz aus. Andererseits geht es um die Ablehnung der automatischen Übernahme willkürlicher Sanktionen durch unser Land. Diese haben verheerende Folgen für die werktätigen Klassen – sowohl hier als auch in den betroffenen Ländern. Ausserdem kann mit der Initiative dem Ziel einer Schweiz nähergekommen werden, die sich nicht der imperialistischen und kriegstreiberischen Politik der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten unterordnet.

Hauptargumente

Wie die Partei der Arbeit der Schweiz in ihrer strategischen Resolution erneut beteuert hat, versteht sie sich als Teil der Friedensbewegung und betrachtet den Kampf für den Frieden als wesentlichen Bestandteil ihrer Politik, insbesondere in einer Zeit ungebremsster Aufrüstung.² Die Neutralitätsinitiative stärkt gleich mehrere Anliegen, für die die Friedensbewegung seit Jahrzehnten kämpft:

1) Ablehnung des Beitritts zur NATO und ähnlichen Bündnissen

Diese erste Forderung ist zentral im aktuellen Kontext, in dem viele ehemals neutrale Staaten wie Finnland oder Schweden dem imperialistischen NATO-Bündnis beigetreten sind. Auch die Schweiz betreibt zurzeit eine Annäherungspolitik gegenüber der NATO, was sich unter anderem in gemeinsamen Übungen³ und der Eröffnung eines NATO-Verbindungsbüros in Genf äussert. Regierungsnahe Sicherheitsexperten fordern zudem

¹ Initiativtext: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis540t.html>, konsultiert am 06.05.2026.

² Siehe Strategie-Resolution der PdAS, November 2025, S. 4. Online: https://pda.ch/wp-content/uploads/2026/01/DE_Strategie-Resolution.pdf

³ Siehe beispielsweise: <https://www.admin.ch/de/newsb/WnzyuwxeXF0ME8xlx9fTi>.

eine weitere Flexibilisierung der Neutralität, um den Austausch und die Zusammenarbeit mit der NATO zu intensivieren.⁴ So ist die Schweiz beispielsweise dem Sky-Shield-Projekt beigetreten. Dabei handelt es sich um ein von der NATO geführtes Flugabwehrprojekt, das in Europa aufgebaut wird und sich gezielt gegen Russland richtet. Durch den Beitritt zum PESCO-Projekt ermöglicht die Schweiz außerdem den Transport von NATO-Streitkräften durch ihr Gebiet, ohne dass hierfür eine Genehmigung erforderlich ist. Dies stellt einen klaren Verstoss gegen das Neutralitätsrecht dar und bindet die Schweiz an die militärischen Strukturen der NATO.

Die Initiative bietet der Bevölkerung die Möglichkeit, sich klar gegen jede Annäherung an die NATO und andere militärische Bündnisse auszusprechen. Zudem ermöglicht sie damit einen Schritt zur Verwirklichung der langjährigen Forderung der Friedensbewegung nach einem blockfreien und atomwaffenfreien Kontinent.

2) Nichtbeteiligung an militärischen und ökonomischen Kriegen

Die Initiative legt fest, dass die Schweiz weder direkt noch indirekt an kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten teilnehmen darf. Sie bedeutet somit einen strikten Nicht-Interventionismus, der heute in zahlreichen Fällen gebrochen wird – insbesondere durch einseitige Sanktionen gegen Länder des Globalen Südens.

Die Initiative ist somit eine klare Botschaft gegen Interventionismus und Krieg.

3) Ablehnung neokolonialer Bevormundung

Heute beteiligt sich die Schweiz durch die Übernahme einseitiger Sanktionen der EU an Wirtschaftskriegen gegen Länder wie Venezuela, den Iran, Nicaragua oder die Demokratische Republik Kongo.⁵ Dabei handelt es sich im Grunde um imperialistische Disziplinierungsmassnahmen, mit denen Länder mit einer unabhängigen Aussenpolitik vom imperialistischen Zentrum (also den USA und ihren Verbündeten) bestraft werden. Das Ziel dieser Sanktionen ist es, diese Länder in neokolonialer Abhängigkeit zu halten.

Die Folgen dieser Wirtschaftskriege können genauso tödlich sein wie militärische Kriege, wenn nicht sogar tödlicher. In einer im Jahr 2025 erschienenen Studie hat die renommierte medizinische Fachzeitschrift The Lancet festgehalten, dass einseitige Sanktionen der USA und der EU zwischen 1971 und 2021 jährlich für 564 258 Todesopfer verantwortlich waren (insgesamt also für über 28 Millionen Todesopfer!). Solche

⁴ Siehe Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik, 2024. Online: <https://www.admin.ch/de/nsb?id=102256>.

⁵ Siehe Liste der Sanktionsmassnahmen der Schweiz. Online: https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/exportkontrollen-und-sanktionen/sanktionen-embargos/sanktionsmassnahmen.html.

Sanktionen waren auch massgeblich mitverantwortlich für die substanzielle Zunahme der Kinder- und Müttersterblichkeit in den betroffenen Ländern.⁶

Die Initiative verbietet der Schweiz die Beteiligung an einseitigen Sanktionen. Somit ist sie auch ein klares Nein zur Anteilnahme der Schweiz an der neokolonialen Unterdrückung des Globalen Südens und an der Massakrierung riesiger Bevölkerungsteile durch die Vorenthaltung lebenswichtiger Medikamente und weiterer essenzieller Produkte.

4) Die Stärkung der UNO

Die Initiative legt ein Verbot einseitiger Zwangsmassnahmen fest, erlaubt aber weiterhin die (automatische) Übernahmen von völkerrechtlich abgestützten Sanktionen, die von der UNO ergriffen werden. Somit ermöglicht die Initiative die Erfüllung einer weiteren langjährigen Forderung der Friedensbewegung: die Stärkung der UNO.

Die UNO, entstanden 1945 durch einen Kompromiss zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern, bleibt trotz erheblicher Defizite bis heute die einzige legitime Vertreterin der Weltgemeinschaft. Gemäss der UN-Charta (Kapitel 7) steht dem UN-Sicherheitsrat das Gewaltmonopol hinsichtlich militärischer und wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen zu.⁷

Die Friedensbewegung hat sich fast 60 Jahre lang für den UNO-Beitritt der Schweiz eingesetzt. Die Initiative kann als ein klares Bekenntnis zur UN-Charta interpretiert werden, als Stärkung der UNO und gegen einseitige Kriegsgelüste imperialistischer Mächte. In der derzeitigen Zuspitzung der imperialistischen Krise, sind die Defizite der UNO ein lebensbedrohliches Problem. Es braucht dringend eine breite internationale Diskussion, die Lösungen erarbeitet die es ermöglichen diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

5) Diplomatie und friedliche Konfliktlösung

Der letzte Punkt des Initiativtextes legt fest, dass die Schweiz ihre neutrale Rolle zur Vorbeugung und Lösung von Konflikten nutzen soll. Diese Forderung mag banal erscheinen, kann aber nur erfüllt werden, wenn die Schweiz von den anderen Ländern nicht als Teil eines Blocks wahrgenommen wird. Erst eine strikte Neutralität erlaubt es der Schweiz, eine vermittelnde Rolle in Konflikten einzunehmen. Bislang war die Schweiz, anders als die politische Rechte festhält, nie wirklich neutral, sondern fester Bestandteil des westlichen Blocks.

Die Initiative ermöglicht eine teilweise Loslösung von diesem Block und eine Positionierung als blockfreies Land. Somit ist sie auch ein klares Signal gegen Blockkonfrontation und für friedliche Konfliktlösung.

⁶ The Lancet Global Health. *The health toll of economic sanctions*, August 2025. Online: [https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X\(25\)00278-5/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X(25)00278-5/fulltext).

⁷ Siehe UN-Charta, Kapitel 7. Online: <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>

Die Initiative als Teil eines breiteren Friedenskampfes

In einer Zeit massiver Aufrüstung und Kriegspropaganda ist der Kampf für den Frieden von zentraler Bedeutung. Die Neutralitätsinitiative ist nur ein Teilaspekt dieses Kampfes, der viel breiter gefasst werden muss. In die gleiche Kategorie fallen die Referenden gegen die Schwächung des Zivildienstes und gegen die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Neben diesen institutionellen Mitteln braucht es zudem eine breitere Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Militarisierung und die damit verbundenen Sparmassnahmen auf nationaler und kantonaler Ebene. Es braucht ebenso eine gewerkschaftliche und gesellschaftliche Diskussion um die Erzeugnisse der hiesigen Wirtschaft und wie diese im Falle von Kriegstüchtigkeit umgestaltet werden kann.

Aus Sicht der PdAS trägt die Initiative durch die Ablehnung von Militärbündnissen und der direkten und indirekten Beteiligung an Kriegen in bedeutendem Masse zum Friedenskampf bei. Sie kann dabei helfen, die Schweiz als blockfreie und solidarische Kraft zu etablieren, die sich für Frieden einsetzt.

Man muss sich jedoch auch bewusst sein, dass diese Initiative kein Allheilmittel ist, sondern nur eine von vielen Komponenten eines umfassenderen Friedenskampfes darstellt. In diesem Sinne ist die Neutralitätsinitiative für die PdAS ein kleiner Schritt in Richtung einer solidarischen und friedlichen Schweiz.

Zu klärende Fragen

Wäre für einen NATO-Beitritt nicht ohnehin ein Referendum erforderlich, auch ohne diese Initiative?

Ja, auch ohne Initiative bräuchte es ein obligatorisches Referendum für einen NATO-Beitritt oder für den Beitritt zu anderen Militärbündnissen. Die Verankerung des Nicht-Beitritts in der Verfassung würde jedoch eine plötzliche Entscheidung des Bundesrates für den NATO-Beitritt vorbeugen, und somit eine riskante Referendumskampagne verhindert, in der möglicherweise das gesamte politische Establishment mit unlimitierten finanziellen Ressourcen für den Beitritt kämpfen würde. Zudem hätte der Erfolg der Initiative laut Swissinfo konkrete Folgen für die Sicherheitspolitik. Die militärische Zusammenarbeit mit der NATO würde infrage gestellt und das Engagement in Projekten wie der "Partnership for Peace" könnte beendet werden.⁸ Die Annahme dieser Initiative könnte somit auch einen "informellen Beitritt" zur NATO verhindern.

Wieso sollten wir eine "SVP-Initiative" unterstützen?

⁸ Swissinfo. How the neutrality initiative could affect Swiss policy. 18.11.2025. Online: <https://www.swissinfo.ch/eng/neutrality/how-the-neutrality-initiative-could-affect-swiss-policy/90344837>, konsultiert am 06.05.2026.

Die SVP unterstützt die Neutralitätsinitiative, weil sie eine Kapitalfraktion vertritt, welche vom Handel mit sanktionierten Ländern, wie beispielsweise Russland, profitieren würde. Es ist jedoch eigentlich falsch, die Neutralitätsinitiative als SVP-Initiative zu bezeichnen. Die Initiative geht auf den Historiker René Roca zurück. Roca ist Gründer des "Forschungszentrums für direkte Demokratie" und engagiert sich seit Langem für die Neutralität der Schweiz. Er bezeichnet sich selbst als "dem linksliberalen Gedankengut nahe" und als Befürworter des Pazifismus.⁹ Durch die Verbreitung einer Schrift zur Neutralität kam Roca mit SVP-Mitgliedern in Kontakt, die das Unterfangen einer Neutralitätsinitiative unterstützten. Roca versuchte vergeblich, auch sozialdemokratische und grüne Politiker:innen für die Initiative zu gewinnen, was dazu führte, dass das Initiativkomitee neben ihm vor allem mit SVP-Mitgliedern besetzt wurde. Die Initiative wurde jedoch schnell auch von linken Persönlichkeiten unterstützt,¹⁰ und auf Initiative der PdAS entstand ein linkes Unterstützungskomitee für die Initiative, in dem sich mehrere Organisationen sammeln, die in der Initiative eine Perspektive für eine blockfreie und solidarische Schweiz sehen.

Zwar kommt die Initiative nicht aus unseren Reihen, wenn wir jedoch nach diesem Kriterium handeln würden, dürften wir gar/fast keine Initiativen mehr unterstützen. Angesichts des friedenspolitischen Inhalts der Initiative erscheint der PdAS eine Unterstützung sinnvoll und gerechtfertigt.

Wie kann man das Konzept "Neutralität" als Linke verteidigen?

Die PdAS versteht unter Neutralität eine blockfreie Schweiz, die sich nicht dem kapitalistischen und imperialistischen Block um die USA unterwirft. Blockfreiheit sagt jedoch nichts über die inneren Verhältnisse oder die ideologische Ausrichtung des Landes aus. Viele sozialistische Staaten (z.B. Kuba) waren oder sind Teil der Bewegung der blockfreien Staaten und pflegen dabei gleichzeitig ihre internationale Solidarität. Eine blockfreie und neutrale Schweiz sollte nach Meinung der PdAS gute Kontakte zu seinen Nachbarn pflegen, gleichzeitig aber diese Blockfreiheit nutzen, um sich solidarisch gegenüber den Ländern des Globalen Südens zu zeigen, die sich in einem antikolonialen Kampf befinden.

Wie sieht es mit Sanktionen gegen Israel aus?

Derzeit vertritt die Schweiz extrem proisraelische Positionen. Die Neutralität verlangt jedoch die Gleichbehandlung aller Länder vor dem internationalen Recht. Dementsprechend sollte die Schweiz den Staat Palästina anerkennen und sich als neutrales Land auf die Seite des internationalen Rechts schlagen, das ganz klar auf der Seite des palästinensischen Widerstands steht. Innerhalb der UNO sollte sie sich für die

⁹ Siehe Interview im *Zeitpunkt*: "Die USA machen Druck auf die Schweiz", 23.01.2024. Online: <https://zeitpunkt.ch/index.php/die-usa-machen-druck-auf-die-schweiz>, konsultiert am 06.05.2026.

¹⁰ Siehe Aufruf von Linken und Grünen für die Initiative: <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2024/nr-2-23-januar-2024/aufruf-von-linken-und-gruenen-ja-zur-neutralitaetsinitiative>, konsultiert am 07.05.2026.

Rechte der Palästinenserinnen einsetzen und sich für die Isolierung und Sanktionierung Israels starkmachen. Die Schweiz übernimmt einseitige Sanktionen der EU, kann aber aufgrund des Embargo-Gesetzes keine eigenen Sanktionen gegen ein Land wie Israel beschliessen. Während Waffenembargos (in der Form von einseitigen Sanktionen) gegen Israel für andere Länder sinnvoll sein mögen, ist die Schweiz durch ihren neutralen Status automatisch dazu gezwungen, jeden Waffenexport an Israel (und andere kriegsführende Länder) zu stoppen (obwohl eine striktere Durchsetzung, die Verbesserung der Kontrollen und ein generelles Waffenexportverbot nötig wären). Für den palästinensischen Widerstand und alle antikolonialen Kämpfe wäre es hingegen wichtiger, einseitige Sanktionen gegen (palästinasolidarische) Staaten wie den Iran oder Venezuela aufzuheben. Dies wäre eine automatische Folge der Annahme der Initiative. Zudem könnte sich die Schweiz für völkerrechtlich abgestützte Sanktionen der UNO einsetzen, die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich wären und somit auch eine echte Wirkung hätten (wie zum Beispiel UNO-Resolution 418 im Jahr 1977, die ein Waffenembargo gegen Apartheid-Südafrika beschloss).¹¹ Eine blockfreie Position und eine Stimme für die Einhaltung des Völkerrechts in Palästina wären wertvoll, insbesondere, wenn sie dem Handeln von Ländern wie Südafrika (ein weiterer blockfreier Staat) im Rahmen des Internationalen Strafgerichtshofes folgen würde.

¹¹ Siehe Resolution 418 (1977): <https://digitallibrary.un.org/record/66633?v=pdf>.